

Minister Maier Gast im Arbeitskreis Polizei der SPD

Verhaltenes Echo auf Ministerbesuch

Erfurt (RS) – Einige Parteien im Thüringer Landtag haben einen Arbeitskreis Polizei gegründet, um sich auch einmal ungezwungen über die Sorgen und Nöte der Polizei zu informieren, aber auch den Austausch mit den Polizeigewerkschaften zu befördern. Diese Arbeitskreise tagen in unterschiedlichem Turnus. So hat auch die SPD einen Arbeitskreis, welcher unter der Leitung von Dorothea Marx einberufen wird und tagt.

Die Einladung zum Arbeitskreis am 14. August versprach da, etwas Besonderes zu werden. War doch die Teilnahme des Innenministers Georg Maier angekündigt. Eigentlich ein Magnet für die Teilnehmer. Das hätte man zumindest annehmen können. Doch schienen sich nicht alle in der Thüringer Polizei vertretenen Gewerkschaften sonderlich für diese Möglichkeit eines gegenseitigen Austausches mit dem Minister zu interessieren.

Zumindest zeigten wir als DPoIG sowie auch der bdk ihr Interesse an einem Meinungsaustausch mit dem Minister.

Impressum:

Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

Das Thema Sicherheitspaket 2020 – Schwerpunkte im Einzelplan bot ohnehin genügend Stoff für einen interessanten und konstruktiven Meinungsaustausch.

DPoIG begrüßt Doppelhaushalt

Minister Maier erläuterte, dass er die Notwendigkeit für einen Doppelhaushalt auch in der Tatsache sieht, dass im



➤ Minister Georg Maier und Dorothea Marx im Gespräch mit den Polizeigewerkschaften

Herbst 2019 Landtagswahlen für Thüringen anstehen und die Bildung einer stabilen Regierung im Anschluss an diese wohl erst bis Sommer 2020 zu erwarten ist. Bis dahin würde das Land ohne funktionierenden Haushalt dastehen. Diese Position wird auch durch den DPoIG-Landesvorsitzenden Jürgen Hoffmann unterstützt, da er dazu beiträgt, die Handlungsfähigkeit einer kommenden Regierung aufrechtzuerhalten und gesteckte Ziele weiter zu verfolgen. In der Vergangenheit hat man durch einen fehlenden Haushalt bereits genügend negative Erfahrungen sam-

eln müssen. Das darf sich nicht wiederholen.

Keine Garantie für präsentierte Zahlen

Zu Beginn der Vorstellung der geplanten Zahlen verwies der Minister darauf, dass es sich erst einmal um Zahlen handelt, welche als Planungsgrößen auf dem Papier stehen und für die keine Garantie übernommen werden kann.

Schwerpunkt für die kommenden Jahre ist natürlich die Personalentwicklung bei der Thüringer Polizei. Nach Aussagen von Minister Maier ist es dringend notwendig, Dienstposten und Planstellen wieder in Einklang zu bringen. Wobei die Planstellen auch finanziell untersetzt werden müssen.

Hier fordert die DPoIG eine Festschreibung der Zahlen für die Personalentwicklung innerhalb der Polizei im Freistaat. Hoffmann geht davon aus, dass dies schrittweise und langfristig erfolgen muss, um den Personalbestand wie-

der zu seiner alten Stärke zurückzuführen.

Motivation der Kollegen muss gestärkt werden

Bis dies der Fall ist, müssen die Kolleg(inn)en die Aufgaben der fehlenden Polizisten übernehmen. Ein Zustand, welcher nicht kurzfristig behoben werden kann und wohl noch einige Jahre anhalten wird. Auch eine kommende Landesregierung wird da keine Wunder vollbringen können.

Nach Einschätzung des DPoIG-Landesvorsitzenden brennt den Kolleg(inn)en die aktuelle Personalsituation am meisten unter den Nägeln. Viele sagen – bringt zuerst einmal die Personalsituation in Ordnung, bevor ihr irgendwelche Versprechen macht! Bis es jedoch so weit ist, schlägt Hoffmann vor, Wege zu finden, mit denen auch mit wenig Geld Anreize und Anerkennung für die Polizisten geschaffen werden. Dabei kann sich der Weg in kleinen Schritten zur Wertschätzung der Arbeit der Kolleg(inn)en als der bessere und vor allem gangbare Weg erweisen.

Einstellungen müssen gesichert werden

Mehr Personal geht nur über Neueinstellungen. In diesem Jahr sollen es 300 sein. Aus Sicht der DPoIG bei Weitem noch nicht ausreichend, denn für eine nachhaltige Personalentwicklung wären 500 Neueinstellungen notwendig. Aber das lässt sich nicht kurzfristig ändern, und so ist es wichtig, dass die 300 Einstellungen in diesem Jahr auch noch zum Abschluss der Ausbildung zur Verfügung stehen. ▶

Aktuell beenden etwa 15 Prozent der eingestellten Anwärter ihre Ausbildung nicht und stehen somit auch nicht im geplanten Umfang der Polizei zur Verfügung. Minister Maier regte an darüber nachzudenken, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und zumindest zehn Prozent mehr Anwärter einzustellen. Ein Vorschlag, welcher den langjährigen Forderungen der DPolG entsprechen würde.

Nach Aussagen von Maier ist die Bewerberzahl zwar fallend, aber dennoch ausreichend, um die geplanten Neueinstellungen abzusichern.

▣ **3,5 Millionen Euro Mehrausgaben für Investitionen in Polizeiausrüstung geplant**

Neben den planmäßigen Ausgaben sind laut Angaben von Minister Maier 3,5 Millionen

Euro Mehrausgaben für Polizeiausrüstungen erforderlich. Aus diesen Mitteln sollen folgende Maßnahmen finanziert werden:

- > Neuinvestitionen in den Bereich der chemischen Forensik
- > technische Unterstützung der Tatortarbeit
- > Ersatzbeschaffung von Laborgeräten
- > Wärmebildkamera für Polizeihubschrauber

Was tatsächlich umgesetzt wird, ist heute noch nicht abzusehen. Sicher ist jedoch, dass die DPolG alles unternehmen wird, die Situation in der Thüringer Polizei zu entspannen und somit die Kolleg(inn)en in ihrem Arbeitsalltag zu entlasten. Das ist unsere Aufgabe als Gewerkschaft und dafür werden wir kämpfen!

Roland Spitzer

62,69 Prozent im Polizeivollzugsdienst im mittleren Dienst

Thüringen ist bundesweites Schlusslicht

Erfurt (RS) – Thüringen ist Spitzenreiter! Dies jedoch nicht im positiven Sinne, sondern im negativen! Laut der aktuellen DPolG-Länderumfrage zu Planstellen, Stellen und Schlüsselverhältnissen der Länder und des Bundes belegt Thüringen bei den Stellenverhältnissen im Polizeivollzugsdienst bundesweit den letzten Platz.

Während in sieben Bundesländern sowie dem BKA nahezu kein Polizist im Polizeivollzugsdienst im mittleren Dienst eingestuft ist, sondern alle Kolleg(inn)en ihren Dienst im gehobenen Dienst starten, sieht es in Thüringen ganz anders aus. Fast 63 Prozent der Kolleg(inn)en des PVZ in Thüringen sind im mittleren Dienst eingestuft. Das ist der bundesweite Spitzenwert. Über 50 Prozent liegen noch Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie die Polizisten des BMI.

▣ **Wertschätzung sieht anders aus**

Sicher werden die Politiker erklären, dass die Einstufung aller im Polizeivollzugsdienst

Tätigen in den gehobenen Dienst aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Ein Argument, welches gerne herangezogen wird, wenn es darum geht, Forderungen diskussionslos und schnell vom Tisch zu wischen. Dass man auch über andere Prioritäten in der Ausgabenpolitik nachdenken kann und muss, scheint einigen Politikern erst gar nicht in den Sinn zu kommen.

So manches Mal sieht man sich bestätigt, dass die originäre Aufgabe der Polizei – die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit – von einigen Politikern und Politikerinnen als nachrangig angesehen wird. Das ist ebenso ein Ausdruck der Wertschätzung der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen! Polizeiarbeit ist in den Augen einiger Politiker wohl eher ein notwendiges Übel, welches es auf ein Minimum zu begrenzen gilt.

Doch mit dieser Einstellung wird es immer schwieriger sein, junge Männer und Frauen für den Polizeidienst in Thüringen zu gewinnen. Wer kann,

wird sich sehr schnell in anderen Bundesländern umsehen und dort eine Anstellung suchen.

▣ **Personalabbau kann so nicht gestoppt werden**

Dass sich junge Menschen dort eine Perspektive suchen, wo sie die besten Bedingungen vorfinden, kann man ihnen nicht verwehren. Dabei ist nicht zu unterschätzen, dass die Bundesländer im Wettbewerb zueinander stehen und jedes bemüht sein wird, fehlendes Personal aus anderen Bundesländern abzuwerben. Und wenn die Möglichkeit besteht, ausgebildete Polizisten aus anderen abzuwerben, wird diese auch wahrgenommen.

Für Thüringen bedeutet dies, dass der noch immer anhaltende Personalabbau bei der Thüringer Polizei nicht gestoppt oder nachhaltig umgekehrt werden kann. Die avisierten 300 Neueinstellungen genügen ohnehin nicht, den Personalschwund durch Pensionierung, Krankheit et cetera aufzuhalten. Nach Berechnun-

gen der DPolG kann dies nur gelingen, wenn jährlich 500 Polizeianwärter neu eingestellt werden. Aber auch das wird aus heutiger Kenntnis vorerst nicht geschehen. Umso wichtiger wäre es, den Kolleg(inn)en in Thüringen zu zeigen, dass ihre Arbeit auch die notwendige Wertschätzung erfährt. Das spiegelt sich auch in der Einstufung der Kollegen wider. Eine Einstufung aller im PVZ Tätigen in den gehobenen Dienst wäre ein Zeichen der Wertschätzung!

Auch wenn es nicht über Nacht und für alle zur gleichen Zeit möglich sein wird, so wäre ein entsprechender Perspektivplan zur Einstufung in den gehobenen Dienst das richtige Signal, um die Kolleg(inn)en zum Verbleib im Freistaat zu motivieren. Aber das ist in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr zu erwarten. Bleibt zu hoffen, dass zukünftige Landesregierungen anders über die Wertschätzung der Polizeiarbeit denken und handeln.

Roland Spitzer

Gewalt gegen Helfer wird zum Dauerthema

Umfrage: 51 Prozent persönlich von Gewalt betroffen

Erfurt (RS) – Wer heute als Helfer im Dienste der Gesellschaft tätig ist, muss in zunehmendem Maße damit rechnen, statt Unterstützung im Einsatz zu erfahren, eher bei seiner Arbeit behindert zu werden. Im schlimmsten Fall sind diese Helfer sogar psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt.

Dabei ist es völlig egal, welcher Berufsgruppe sie angehören. Egal, ob Polizist, medizinischer Ersthelfer oder Menschen, die bei der Feuerwehr tätig sind, immer wieder treten Fälle von Gewalt gegen diese Helfer auf. Darüber hinaus werden sie immer öfter bei der Arbeit aktiv behindert und beschimpft. So liest man es immer öfter in der Presse oder erfährt es aus Berichten im TV.

➤ Gewalt gegen Helfer sind keine Einzelfälle

Doch sind die Meldungen in Presse und TV nur Einzelfälle, welche den Eindruck erwecken, dass Gewalt gegen Retter und Helfer stetig zunimmt, oder steckt da mehr dahinter? Wir wollten es genauer wissen und haben einfach einmal eine Umfrage gestartet. Zugegeben, sie ist nicht repräsentativ und eher zufällig in den Antworten. Aber sie zeigt auf, dass Gewalt gegen Retter durchaus ein Thema ist, welches nicht unter den Tisch gekehrt werden darf und einer breiten gesellschaftlichen Diskussion bedarf.

Die Umfrage lief drei Tage, und schon zu Beginn zeichnete sich ein Trend ab, der sich bis zum Ende dieser stabilisierte. In dieser fragten wir, ob die Kolleg(inn)en im Dienst persönliche Gewalterfahrungen sowohl psychischer als auch physischer Natur machen

mussten. Dabei stellten wir folgende drei mögliche Antworten zur Auswahl:

- Habe selber Gewalt erfahren
- Kollegen waren betroffen
- Gewalt ist kein Thema

■ 87 Prozent direkt oder indirekt von Gewalt im Dienst betroffen

Das Ergebnis der Umfrage war nicht gerade ermutigend. So gaben 87 Prozent an, dass sie direkt oder indirekt von Gewalt im Dienst betroffen sind. 51 Prozent, also mehr als die Hälfte, gaben an, dass sie persönlich Gewalt erfahren haben. Und weitere 36 Prozent der Antworten wiesen darauf hin, dass den Kolleg(inn)en Gewalterfahrungen von Kollegen bekannt sind. Nur 13 Prozent gaben an, dass Gewalt im Dienst für sie kein Thema ist.

Das ist ein Ergebnis, welches in jedem Falle wachrütteln und zum Nachdenken anregen sollte. Kritiker werden nun anführen, dass diese Befragung ja nicht repräsentativ ist. Das mag stimmen, und eventuell wären die Ergebnisse bei einer repräsentativen Umfrage etwas anders ausgefallen. Ob besser im Sinne von weniger Gewalterfahrungen, sei dahingestellt. Es ist auch nicht wichtig, um einige Prozentpunkte zu streiten, denn Gewalt gegen Polizisten und Einsatzkräfte ist ein Thema, welches nicht mehr unter den Tisch gekehrt werden darf.

■ Gewalt tritt in vielschichtigen Formen auf

Diese Gewalt hat verschiedene Facetten. Es kann die aktive Behinderung auf dem Weg zum Einsatzort, die Behinderung durch sensationslustige Filmer,

welche nur darauf aus sind, möglichst viele Klicks durch ein spektakuläres Video im Netz zu erfahren, oder direkte psychische und sogar physische Gewalt sein, welche Polizisten und Retter erfahren müssen.

Es ist egal, welche Art der Gewalt Anwendung findet – Leidtragende sind die Hilfebedürftigen sowie die Helfer vor Ort. Niemand dieser Gewalttäter denkt über die Folgen seines Handelns nach. Oft ist es purer Egoismus und ein gerütteltes Maß an Überheblichkeit, welches die Gewalttäter zum Handeln antreibt.

Dabei haben wir noch gar nicht die Formen der Gewalt erwähnt, welche die Kolleg(inn)en immer öfter im Streifendienst erfahren müssen. Ganz alltägliche und eigentlich routinierte polizeiliche Maßnahmen können jederzeit eskalieren und zu Gewaltausbrüchen psychischer oder gar physischer Natur führen. Auch diese Unsicherheit stellt eine zusätzliche Belastung im Dienst dar.

■ Breiter gesellschaftlicher Diskurs zum Thema Gewalt ist notwendig

Mit dem anhaltenden Anstieg der Gewaltspirale kann und darf man sich nicht abfinden. Ebenso dürfen die betroffenen Helfer nicht mit diesem Thema alleingelassen werden, denn die werden das Problem nicht allein lösen können. Was die Kolleg(inn)en benötigen, ist die aktive Unterstützung durch die Politik. Nicht wegsehen, sondern das Thema täglich ansprechen und Initiativen gegen Gewalt gegen Helfer ins Leben rufen. Das kann jedoch nur die Politik leisten.

Hier ist bereits viel wertvolle Zeit verloren gegangen. Statt Gewalt gegen Rettungskräfte aktiv zu bekämpfen, war es wohl wichtiger, eine Polizeivertrauensstelle einzurichten, welche wohl eher dazu dienen soll, Menschen eine Plattform zu bieten, um sich über Maßnahmen von Polizisten zu beschweren. Nun werden Politiker natürlich gleich sagen, dass diese Vertrauensstelle auch Kolleg(inn)en die Möglichkeit bieten soll, sich über empfundene Ungerechtigkeiten im Dienstalltag zu beschweren. Doch ist das nicht nur ein vorgeschobenes Argument, welches den eigentlichen Zweck einer Beschwerdestelle über die Arbeit der Polizei nur ein wenig kaschieren soll?

Zumindest deutet ein Tweet des Ministerpräsidenten Ramelow vom 20. August darauf hin, dass es in erster Linie darum geht, sich über die Arbeit der Polizei zu beschweren. In diesem schrieb er:

„Nochmal der Hinweis, dass es in Thüringen seit 1. Dezember 2017 die Polizeivertrauensstelle beim @TMiKThüringen gibt, an die sich alle wenden können, die von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren oder sind und Erörterungsbedarf haben.“

Sicher kann man das auch als gut gemeinten Hinweis an die Menschen im Freistaat auffassen. Doch wie kommt es möglicherweise bei der Bevölkerung an? Mit der Arbeit der Polizei muss doch etwas nicht stimmen, wenn sogar der Ministerpräsident aufruft, sich über diese zu beschweren. Genau solche Aufrufe sind es, die ohnehin aggressionsberei-

te Menschen ermuntern, sich gegen Maßnahmen der Polizei zu wenden. Leider geschieht dies in Form erhöhter Gewalt gegen unsere Kolleg(inn)en im Dienst.

Von der Politik dürfte man anderes erwarten. Wir fordern statt der permanenten Bewerbung einer Beschwerdestelle über die Arbeit der Polizei eine breite Initiative zur Unterstüt-

zung dieser. Erst wenn sich die Politik demonstrativ hinter die Arbeit der Polizei sowie aller anderen Helfer von Rettungsdiensten und Feuerwehr stellt, besteht die Möglichkeit, dass

auch wieder ein Umdenken in der Bevölkerung hin zu mehr Respekt vor dieser wichtigen Arbeit einsetzt.

Roland Spitzer

Bodycams werden in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommen

Der Testphase wird sich eine weitere anschließen

Erfurt (RS) – Bereits im Februar zeichnete sich ab, dass unter dieser Landesregierung wohl keine Körperkameras, die sogenannten Bodycams, in Thüringen angeschafft werden. Als wir dies auch über unseren DPoIG-Twitter-Account (@DPoIGThueringen) thematisierten, ernteten wir neben viel Aufmerksamkeit auch Kritik, dass wir doch erst einmal abwarten sollten, was die Auswertung der Testphase im März bringen wird.

Nun wurde diese Testphase ausgewertet, und in der Politik ist man zu dem Schluss gekommen, dass dieser Testphase eine weitere an anderen Standorten folgen muss. Immerhin war zu hören, dass es im Rahmen der ersten Testphase überwiegend positive Rückmeldungen der Kolleg(inn)en gab, welche die Bodycam einsetzten. Eine Erfahrung, welche sich übrigens auch mit denen aus anderen Bundesländern, in welchen die Kameras eingesetzt werden, deckt. Bemerkenswert ist dabei, dass sich das Verhalten gegenüber den Polizisten ändert, sobald die Bürger wissen, dass die Kamera zum Einsatz kommt. Insbesondere aggressives Verhalten gegenüber den Polizisten reduziert sich erkennbar. Eigentlich ein guter Grund, diese Kameras einzusetzen, wobei ja auch nicht zu unter-

schätzen ist, wenn die Menschen im Lande wissen, dass mögliches aggressives Verhalten durch Polizisten ebenso verhindert wird.

Dass es vonseiten einiger Mitglieder des Landtages eine Abneigung gegen den Einsatz der Kameras gibt, ist ein offenes Geheimnis. Doch was macht

und schon aus diesem Grund eine positive Einstellung zur Anwendung der Kameras haben. Das verzerrt natürlich das Bild der Testphase, und so ist es geboten, diesem Test einen weiteren folgen zu lassen.

Dieses Mal natürlich mit Polizisten, welche angewiesen werden, am Test teilzunehmen, und an drei anderen Standorten. Aus Sicht der DPoIG ist auch bei dem weiteren Test kein anderes Ergebnis zu erwarten, denn die Kameras tragen – so die Erfahrungen anderer Bundesländer – wesentlich zu Erhöhung der persönlichen Sicherheit bei.

Aber darum scheint es gar nicht zu gehen, vielmehr möchte diese Landesregierung das Thema Einsatz von Bodycams in dieser Regierungsperiode vom Tisch haben. Das ist ihr auch gelungen, denn es wird in dieser Legislatur keine Entscheidung über den Einsatz mehr getroffen werden.

Einige werden das wohl auch als Erfolg werten. Ein Erfolg, der jedoch zulasten der Sicherheit unserer Kolleg(inn)en geht.

Bleibt zu hoffen, dass die zukünftige Landesregierung auch bei diesem Thema anders und im Sinne der Thüringer Polizisten denkt! ■



Bei einigen Modellen besteht die Möglichkeit, der Aufzeichnung zu folgen.

Landesregierung fand Weg, um den Kameraeinsatz zu verhindern

Offensichtlich scheint die Aggressivität unserer Kolleg(inn)en im Dienst gar nicht das Problem zu sein. Vielmehr fühlen sich wohl einige durch den Einsatz der Kameras zu sehr beobachtet. Auch dann, wenn diese nur zeitweise und erst nach Vorankündigung in Betrieb genommen werden.

man, wenn ein Test nicht das erwartete Ergebnis bringt? Man sucht nach Schwachstellen, um diesen als nicht ausreichend zu deklarieren!

So hat man wohl auch in Thüringen eine gefunden, welche den ersten Test als subjektive Meinung einiger Polizisten erscheinen lässt. So wird nun erklärt, dass die Kolleg(inn)en, welche die Kameras im Dienst testeten, dies freiwillig taten